



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 167. Ratssitzung vom 27. Oktober 2021

4517. 2020/189

Postulat von Roger Bartholdi (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 13.05.2020: Erstellung eines Massnahmenplans zur Entlastung und Förderung des Gewerbes und der Wirtschaft

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2466/2020):
Es geht um das Gewerbe. Wir haben das Postulat zu Beginn der Coronakrise eingereicht. Die Krise ist noch nicht vorbei und wir wissen nicht, wann sie vorbei sein wird. Wir wissen auch nicht, was die Auswirkungen für das Gewerbe sein werden. Bei diesem Vorstoss haben wir bewusst offengelassen, um welche Massnahmen es sich handeln wird. Was aber klar ist, ist, dass es sich um städtische Massnahmen handelt. Wir wollen gemeinsam mit dem Gewerbe schauen, was wir von der Stadt Zürich aus anbieten können. Es muss sich dabei nicht immer nur um Unterstützung in Form von Geld handeln. Das Gewerbe ist sehr heterogen. Wir haben schon häufig über das Gastronomie-Gewerbe gesprochen, es gibt aber noch anderes Gewerbe, das unter der Coronapandemie leidet. Es sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die darunter leiden und teilweise den Job verlieren. Wir wollen Massnahmen treffen und schauen, was wir anbieten und umsetzen können. Sie haben nichts verloren, wenn Sie den Vorstoss heute überweisen. Ich verstehe nicht, dass man einen solchen Vorstoss nicht unterstützen kann. Das Gewerbe wird Ihnen dankbar sein.

Markus Merki (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 3. Juni 2020 gestellten Textänderungsantrag: *Wir haben das Postulat geprüft und für uns ist nicht ganz klar, wie das Ganze aussehen wird, oder was man damit anfangen kann. Es wird ein Massnahmenplan gefordert und dass man dies mit den Direktbetroffenen zu klären hat. Wer sind die Direktbetroffenen? Bevor wir in einen Massnahmenplan übergehen, müssen wir eine Gesamtschau erhalten, die durchaus ein längerfristiges Ziel haben kann als das Jahr 2023, so wie dies im Postulat erläutert wurde. Deswegen schlagen wir Ihnen eine Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie anhand eines langfristig angelegten Masterplans das lokale Gewerbe und die lokale Wirtschaft entlastet und gefördert werden kann. Der Masterplan soll mit den Direktbetroffenen und den Stadtzürcher Gewerbeverbänden gemeinsam entwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt werden.» Wenn wir dies so überreichen würden, haben wir eine Grundlage. Zuerst würden wir entwickeln, was die dringlichsten Probleme und Fragestellungen sind, die wir mit den entsprechenden Massnahmen angehen sollen. Wenn wir die Gewerbeverbände miteinbeziehen, diskutieren wir nicht mit Einzelmenschen, sondern auch mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerbebranchen. So erhalten wir ein breit abgestütztes Bild.*



Weitere Wortmeldungen:

Urs Riklin (Grüne): Die Grüne Fraktion denkt, dass die Textänderung der GLP in eine gute Richtung geht, aber dass das Postulat selbst mit der Textänderung noch etwas unangereicht wirkt. Wir sind Teil des nachhaltigen Gewerbes und deswegen überlegen wir uns auch, dass es einen solchen Masterplan braucht, der sich in der langfristigen Perspektive damit befasst, wie man die nachhaltige Wirtschaft stärken kann. Wie kann man Kreislaufwirtschaft stärken? Das ist das Wichtige in einem solchen Masterplan. Was wir am Postulat der SVP bemängeln, ist die Idee, dass das lokale Gewerbe pandemiebedingt Hilfe braucht. Die kurzfristige pandemiebedingte Hilfe ist schon längst angelaufen und hat relativ gut funktioniert. Es haben nicht alle Wirtschaftsspieler im gleichen Masse mitgespielt, ich denke hier an ein Entgegenkommen im Mietzinserslass. Wir möchten darum eine langfristige Strategie mit den Menschen, die betroffen sind, ausarbeiten, in der der Nachhaltigkeitsteil berücksichtigt wird. Wir möchten deswegen eine zusätzliche Textänderung anbringen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie anhand eines langfristig angelegten Masterplans das lokale Gewerbe und die lokale Wirtschaft entlastet und gefördert werden kann. Die Massnahmen sollen insbesondere auf die ökologisch und sozial nachhaltigen Teile der Wirtschaft ausgerichtet werden, die der 2000-Watt-Gesellschaft und den Pariser Klimazielen verpflichtet sind. Der Masterplan soll mit den Direktbetroffenen und mit den Stadtzürcher Gewerbeverbänden gemeinsam entwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt werden.»

Renate Fischer (SP): Die SP wird dem Postulat mit der Textänderung der GLP und der Grünen zustimmen. Um es vorwegzunehmen: Wir stimmen dem Postulat nicht zu, weil wir es inhaltlich für den ganz grossen Wurf halten. Die meisten Forderungen dieses Postulats werden vom Stadtrat bereits angegangen oder umgesetzt. Die Wirtschaftsdelegation des Stadtrats (Widel) hat in der Coronakrise bereits im ersten Halbjahr 2020 Sofortmassnahmen getroffen und ist seither daran. Deswegen haben wir auch damals die Dringlichkeit nicht unterstützt, weil dies sowieso schon gemacht wird. Die Textänderung der GLP verlangt einen langfristigen Massnahmenplan fürs lokale Gewerbe. Die Grünen haben auch Themen der Nachhaltigkeit ergänzt. Die Textänderungen machen das Postulat nicht revolutionär, aber «tant pis». Wir haben im Budget 2021 bereits Geld für Massnahmen, die dem Gewerbe zugutekommen, eingestellt. Wenn die einzelnen Massnahmen zwei Millionen Franken übersteigen, muss der Stadtrat sowieso eine Weisung erstellen. Wenn es um eine Übersicht geht: Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt jedes Jahr Fragen zu den Massnahmen, die im Budget eingestellt sind. Dass es in den kommenden Jahren eine grundlegende Aufgabe für den Stadtrat sein wird, Wirtschaftsförderung zu betreiben und das lokale Gewerbe bei der Bewältigung der Pandemie zu unterstützen, erachten wir als gegeben. Da das Postulat unserer Budgetforderung des letzten Jahres nicht widerspricht, gibt es für die SP-Fraktion keinen Grund es abzulehnen, sofern der Stadtrat bereit ist, es entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Wir danken für die Textänderungen. Die Textänderung der GLP erachten wir als sehr sinnvoll und stimmen ihr zu. Für uns ist wichtig, dass man die Direktbetroffenen involviert. Wir haben bewusst offengelassen wie. Wir sehen das gleich wie die GLP, wir müssen das Ganze langfristig



3 / 3

anschauen. Ebenfalls finden wir es sinnvoll, die Gewerbeverbände einzubeziehen. Zur zweiten Textänderung der Grünen: Beim Satz «Die Massnahmen sollen insbesondere auf die ökologisch und sozial nachhaltigen Teile der Wirtschaft ausgerichtet werden, die der 2000-Watt-Gesellschaft und den Pariser Klimazielen verpflichtet sind.» kann man lange darüber philosophieren, welche Teile der Wirtschaft dies erfüllen und welche nicht. Man kann noch weiter gehen: Es gibt einzelne Unternehmer, die dies erfüllen und andere nicht. Wie wird dies gemessen? Das muss man bei jedem Betrieb anschauen und vielleicht sogar Labels einführen. Dies ist viel zu kompliziert und überhaupt nicht praxistauglich – wir wollen eine einfache Geschichte. Es wäre auch unsozial, wenn wir irgendwelche Massnahmen hätten. Es ist logisch, dass es in gewissen Teilen der Wirtschaft schwieriger ist, ökologisch zu sein als in anderen. Wir müssen die Forderung der Grünen deswegen auch im Sinne der Direktbetroffenen ablehnen. Ich bitte Sie aber dem Vorstoss mit der Textänderung der GLP zuzustimmen.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ~~wie ein Massnahmenplan erstellt werden könnte. In diesem soll festgehalten werden,~~ wie anhand eines langfristig angelegten Masterplans das lokale Gewerbe und die lokale Wirtschaft entlastet und gefördert werden kann. Der ~~Massnahmen~~Masterplan soll mit den Direktbetroffenen und den Städtzürcher Gewerbeverbänden gemeinsam entwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Das geänderte Postulat wird mit 90 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat